

Verzicht auf integratives Einheitsschulmodell

An den Stadtberner Schulen herrscht bis auf Weiteres Modellvielfalt. Der Stadtrat will nun doch kein integratives Einheitsmodell.

«Wir befürworten nach wie vor ein einheitliches Schulmodell in der Stadt Bern», sagte Claude Grosjean (glp). Aber dafür brauche es ein breites Mitwirkungsverfahren, an dem alle Beteiligten teilnehmen könnten. Gemischte Stammklassen aus Sekundar- und Primarschülern seien nur mit dem Einverständnis der Mehrheit der Lehrkräfte möglich. Grosjean plädierte dafür, die Einführung eines einheitlichen, integrativen Schulmodells aufzuschieben.

Eine überraschende Mitte-rechts-Mehrheit im Stadtrat hatte letzten Sommer die Teilrevision des Schulreglements zurückgewiesen und den Gemeinderat unter anderem damit beauftragt, ein integratives Einheitsmodell im Reglement festzulegen. Der Gemeinderat wollte mit der Teilrevision primär die Umsetzung des neuen Integrationsartikels im Volksschulgesetz erreichen. Dieser besagt, dass Schulkinder unterschiedlicher Begabungen und Herkunft weitgehend in Regelklassen unterrichtet werden sollen.

«Unselige» Modelldiskussionen

Martin Schneider (bdp) bezeichnete die Modelldiskussionen denn auch als «unselig». Auch Tania Espinoza (gfl) befand, dass der Modellentscheid nicht jetzt zu fällen sei, da 2012 ohnehin Entscheide des Kantons in dieser Frage zu erwarten seien. SP-Sprecherin **Corinne Mathieu** vermutete, dass es beim stadträtlichen Rückweisungsantrag vom letzten Sommer primär um politische Spielchen gegangen sei. Die damalige Mitte-rechts-Mehrheit habe sich denn auch in Luft aufgelöst, da GLP und GFL mittlerweile nicht mehr an der sofortigen Umsetzung eines Einheitsmodells festhielten. Cristina Anliker Mansour (gb) bedauerte, dass die Revision von den Parteien für politische Anliegen missbraucht worden sei. Namentlich die Antragsflut der SVP habe nichts mit dem Kernanliegen, der Integration, zu tun. Die SVP wiederum forderte unter anderem ein Burkaverbot in Schulen und Berndeutsch als Unterrichtssprache in allen Nebenfächern («Bund» von gestern).

SVP findet kein Gehör

SVP und Freisinnige plädierten für einen sofortigen Entscheid in der Modellfrage zugunsten des Modells Manuel mit getrennten Klassen von Sekundar- und Primarschülern. Erich Hess (svp) forderte zudem, dass die ausländischen Kinder in Schweizer Sitten und Gebräuchen unterrichtet werden müssten. «Es ist ein Graus, wenn jemand aus der Schule kommt, ohne von der Schlacht bei Sempach gehört zu haben», sagte Hess.

«Wir wehren uns nicht gegen die Integration, sondern die Art und Weise, wie sie hier umgesetzt wird», sagte Pascal Rub (fdp). Die Auflösung der Kleinklassen brauche fähige Lehrkräfte mit ausserordentlicher Motivation. Die FDP stehe für ein einheitliches Schulmodell ein, damit die Lehrkräfte entlastet würden. «Es braucht jetzt einen mutigen Entscheid», sagte Rub an die Adresse von GLP und GFL/EVP. «Der Gemeinderat will das Fuder nicht überladen», sagte Gemeinderätin Edith Olibet (sp). Mit der Teilrevision gehe es primär um die Umsetzung des Integrationsartikels. Natürlich könne man jetzt eine Modelldebatte führen. Aber solche Veränderungen brauchten Zeit und eine breite Mitwirkung der Betroffenen, sagte Olibet. Ein Rückweisungsantrag der SVP blieb ohne Chance, und der Rat beschloss Eintreten.

FDP zuletzt für Modellvielfalt

In der Detailberatung standen FDP und SVP mit ihrem Eintreten für ein Festschreiben des Modells Manuel mit getrennten Klassen für Sekundar- und Primarschüler auf verlorenem Pos-

ten. Mit 50 zu 18 Stimmen unterlag ein FDP-Antrag für die Einführung des Modells Manuel. SP und GB einerseits sowie GFL/EVP und Grünliberale andererseits waren sich zunächst noch uneins, ob man das einheitliche, integrative Modell bis spätestens 2012 im Reglement festschreiben soll oder nicht. «Die Erfahrung zeigt, dass die Modellvielfalt bisher keine Probleme gegeben hat», sagte Gemeinderätin Edith Olibet (sp). Olibets Worte fanden Gehör. Mit 54 zu 15 Stimmen entschied sich das Parlament für die Beibehaltung des Status quo samt Modellvielfalt. Der Antrag, über die Wahl eines einheitlichen, integrativen Modells «spätestens im Jahr 2012» zu entscheiden, unterlag. Sogar die FDP stimmte zuletzt für die Beibehaltung der Modellvielfalt.

Ja zum Integrationskonzept

In der Folge liess der Rat das Integrationskonzept weitgehend diskussionslos passieren, wonach maximal 25 Prozent der Ressourcen eines Schulkreises für Klassen zur besonderen Förderung eingesetzt werden. Die SVP-Anträge betreffend Berndeutsch in Nebenfächern und Heimatkunde blieben chancenlos. (Bernhard Ott)

«Keine Gassenküche, keine Alkis»

Stadtpräsident Alexander Tschäppät (sp) wies darauf hin, dass die Stadtberner Stimmberechtigten vermutlich am 1. Juni über die neue Bahnhofordnung befinden werden (siehe Kasten). «Ich bin überzeugt, dass das Volk das Bahnhofreglement gutheissen wird.» In diesem Fall sollen die Ideen des Regelwerkes auch auf dem Platz gelten. Das Nutzungskonzept für den Bahnhofplatz liege zurzeit nicht einmal dem Gemeinderat vor. «Wir können nicht über etwas reden, das noch gar nicht vorliegt.»

Tschäppät stellte indes klar, dass auf dem Bahnhofplatz «keine Gassenküche und keine offene Alkiszene» mehr geduldet werde. Die Priorität auf dem Bahnhofplatz liege klar beim Transit «und nicht beim Einrichten einer Wohnstube oder eines Alkistüblis», sagte der Stadtpräsident. Der Anspruch einer Gruppe von Leuten, «an einem zentralen Ort Platz zu besetzen», kollidiere mit der freien Zirkulation der Pendler und Reisenden, sagte Tschäppät. Der Stadtrat sprach dem Gemeinderat schliesslich das Vertrauen aus und lehnte eine Mitsprache beim Nutzungskonzept Bahnhofplatz mit 53 zu 12 Stimmen (bei zwei Enthaltungen) ab.